

Stellungnahme Verfassung des Kantons Bern (KV) und Gemeindegesetz (GG). Änderung betreffend Gemeindeautonomie bei den politischen Rechten

Die Stellungnahme wurde noch nicht übermittelt.

Thematik:

Verfassung des Kantons Bern (KV) und Gemeindegesetz (GG). Änderung betreffend Gemeindeautonomie bei den politischen Rechten

Teilnehmerangaben:

EVP Kanton Bern
Nägeligasse 9
Postfach 9324
3001 Bern

Kontaktangaben:

Staatskanzlei des Kantons Bern
Postgasse 68
3000 Bern 8

E-Mail-Adresse: info.arp@be.ch

Telefon: +41 31 633 75 11

Teilnehmeridentifikation:

205859

Text-Rückmeldungen

Bereich	Kapitel	Antrag / Bemerkung	Begründung
Allgemeine Bemerkungen	Allgemeine Bemerkungen	<p>Erfasst von: Philippe Messerli</p> <p>Sehr geehrter Herr Staatsschreiber Auer, sehr geehrte Damen und Herren</p> <p>Die Evangelische Volkspartei (EVP) des Kantons Bern dankt für die Möglichkeit, zur Vorlage betreffend die Ermächtigung der Gemeinden zur Einführung des kommunalen Ausländerstimmrechts Stellung nehmen zu können.</p> <p>Die EVP begrüsst die vorliegende Verfassungs- und Gesetzesvorlage, da sie die Gemeindeautonomie stärkt und es den Gemeinden ermöglicht, ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern mit langjährigem und stabilem Aufenthalt das kommunale Stimmrecht zu gewähren.</p> <p>Die vorgesehenen Voraussetzungen (zehn Jahre Aufenthalt in der Schweiz, fünf Jahre im Kanton Bern, drei Monate in der Gemeinde sowie Niederlassungsbewilligung) stellen sicher, dass das Stimmrecht Personen vorbehalten bleibt, die dauerhaft hier leben, integriert sind und Verantwortung für ihr lokales Gemeinwesen übernehmen. Dies entspricht dem Verständnis der EVP von Mitwirkung und Integration.</p> <p>Die EVP unterstützt ausdrücklich, dass das Ausländerstimmrecht als freiwillige Option für die Gemeinden ausgestaltet ist. Angesichts der unterschiedlichen Strukturen und Voraussetzungen der Gemeinden ist es sachgerecht, ihnen diese Entscheidung zu überlassen.</p> <p>Ergänzungsantrag: Stimmrechtsalter 16 auf Gemeindeebene</p> <p>Der vom Grossen Rat überwiesene parlamentarische Vorstoss zielte nicht ausschliesslich auf das Ausländerstimmrecht, sondern generell auf eine Stärkung der kommunalen Autonomie im Bereich der politischen Rechte. Vor diesem Hintergrund beantragt die EVP, den Gemeinden zusätzlich die Möglichkeit einzuräumen, das Stimmrecht auf kommunaler Ebene ab 16 Jahren einzuführen.</p> <p>Der Regierungsrat begründet den Ausschluss des Stimmrechtsalters 16 damit, dass entsprechende kantonale Vorlagen in den Jahren 2009 und 2022 vom Stimmvolk jeweils deutlich abgelehnt worden sind. Diese Entscheide betrafen jedoch eine obligatorische Einführung auf kantonaler Ebene. Die von uns angestrebte Gesetzesrevision verfolgt hingegen bewusst einen freiwilligen, kommunalen Ansatz.</p> <p>Das Beispiel der Stadt Bern zeigt, dass kommunale Mehrheiten von kantonalen Entscheiden abweichen können. In der Abstimmung vom 25. September 2022 sprach sich die Stadt Bern klar für das Stimmrechtsalter 16 aus. Es ist daher nicht nachvollziehbar, weshalb Gemeinden mit einem entsprechenden politischen Willen diese Möglichkeit nicht erhalten sollen.</p> <p>Eine kommunale Option für das Stimmrechtsalter 16 würde:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die frühe politische Teilhabe junger Menschen fördern, 	

Bereich	Kapitel	Antrag / Bemerkung	Begründung
		<ul style="list-style-type: none"> • ihre Bindung an die Gemeinde stärken, • den unterschiedlichen politischen Kulturen der Gemeinden Rechnung tragen • und die Gemeindeautonomie konsequent weiterentwickeln. <p>Die EVP ist überzeugt, dass diese Ergänzung frühere Volksentscheide nicht unterläuft, sondern deren Geltungsbereich respektiert: Diese richteten sich gegen eine kantonal verpflichtende Regelung, nicht gegen freiwillige kommunale Lösungen.</p> <p>Fazit</p> <p>Die EVP Kanton Bern unterstützt die Einführung des kommunalen Ausländerstimmrechts. Sie beantragt zudem, den Gemeinden auch die Möglichkeit einzuräumen, das Stimmrechtsalter auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre festzulegen.</p> <p>Diese Ergänzung stärkt die Gemeindeautonomie und fördert die demokratische Teilhabe sowohl gut integrierter ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner als auch politisch interessierter Jugendlicher.</p> <p>Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen im Voraus bestens.</p> <p>Freundliche Grüsse</p> <p>EVP Kanton Bern Philippe Meserli, Co-Geschäftsführer, Grossrat</p>	
Änderung der Kantonsverfassung		Keine Antwort	Keine Antwort
Änderung des Gemeindegesetzes		Keine Antwort	Keine Antwort
Vortrag		Keine Antwort	Keine Antwort